



Schulfrei für die Bundeswehr
Lernen für den Frieden

Koordination: DFG-VK Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, ba-wue@dfg-vk.de, www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Stuttgart, 10. November 2013

Presseerklärung

„Kooperationsvereinbarung ist ein roter Teppich für die Bundeswehr“ Bildungssystem muss zivil ausgerichtet sein

„Wir bleiben dabei: das Kultusministerium in Stuttgart soll die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr sofort kündigen!“ so lautet das Votum der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „Lernen für den Frieden“ am gestrigen Samstag in Karlsruhe. Mehrere Dutzend VertreterInnen von Friedensorganisationen und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) äußerten dabei ihr Unverständnis, dass die grün-rote Landesregierung die Versprechen der Bildungsexperten beider Parteien vor und nach der Wahl 2011 und den grünen Beschluss des Landesparteitags vom 2. Dezember 2012 bis heute nicht umgesetzt hat.

Der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden“ liegen mittlerweile zuverlässige Informationen aus dem Kultusministerium Baden-Württemberg vor, wonach die seit 4. Dezember 2009 bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr noch in diesem Herbst durch eine neue ersetzt werden soll. Dabei sollen u.a. Referendare nicht mehr gegen ihren Willen zur Teilnahme an Seminaren der Bundeswehr verpflichtet werden. Gleichzeitig soll den Friedensorganisationen ebenfalls eine Kooperationsvereinbarung angeboten werden.

„Unsere grundsätzliche Kritik bleibt davon unberührt, denn die Privilegierung der Bundeswehr mit ihren hauptamtlichen Jugendoffizieren bleibt dadurch bestehen“ betont Roland Blach, Koordinator der Kampagne Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden und Landesgeschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg. Dorothea Schäfer, die Landesvorsitzende der GEW Nordrhein-Westfalen, bezeichnete die modifizierte Kooperationsvereinbarung in ihrem Bundesland, die die alte Vereinbarung 2012 ersetzte, weiterhin als „roten Teppich“ für den Zugang der Bundeswehr in die Schulen. Eine ähnliche Vereinbarung ist für Baden-Württemberg vorgesehen.

„Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wir setzen uns gegen die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik zur Wehr“ betont Blach. „Wir kündigen die Kooperationsvereinbarung von unten und treten dafür ein, dass sich Schulen durch entsprechende Beschlüsse genauso gegen jegliche Kooperation mit dem Militär aussprechen wie Hochschulen durch die Einführung von Zivilklauseln“ führt Blach weiter aus. In diesem Sinne wird die bundesweite Unterschriftenkampagne „Lernen für den Frieden“, die im Sommer 2013 von einem breiten Bündnis gestartet wurde, weitergeführt. Im Januar 2014 ist eine Aktionskonferenz vorgesehen, um der Bewegung für ein ziviles Bildungssystem weiteren Auftrieb zu geben.

Kontakt: Roland Blach: 0711-51885601, 0177-2507286